

Beschluss des Landrats vom 09.02.2023

Nr. 2005

11. Fragestunde der Landratssitzung vom 9./16. Februar 2023 2023/3; Protokoll: gs

1. Christine Frey: IWB und Gasversorgung

Christine Frey (FDP) stellt fest, dass ihre Fragen topaktuell sind, wie ein BaZ-Bericht vom Dienstag gezeigt habe. Dort hiess es, dass in Riehen ganze Strassen bis 2025 vom Gasnetz genommen werden. Die Antworten auf die gestellten Fragen zeugen aber von einer extrem einäugigen Betrachtungsweise und dem Dogma, dass es jetzt unbedingt erneuerbar gehen muss. Es ist aber im Grundsatz stossend, dass von gewissen Kreisen definiert wird, welches die guten erneuerbaren Energien sind – also ausschliesslich Wind und Sonne. Gasleitungen könnten aber auch synthetisches Gas transportieren. Darum kann man in Frage stellen, ob es richtig ist, Gasleitungen schlicht aufzuheben. Mit Blick auf Basel fehlt der Rednerin der Glaube, dass die IWB mit Gas weiter arbeiten dürfen bzw. dass dies – wie in der Antwort erwähnt – durch das IWB-Gesetz bis 2050 grundsätzlich gesichert ist. Die Rednerin stellt zwei Zusatzfragen: *Welche Akteure werden an der Dialogveranstaltung dabei sein? Ist eine Vertretung der Gaskonsumenten vorgesehen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) glaubt grundsätzlich, dass die Thematik eine langfristige Optik für beiden Seiten – den Anbieter und den Verbraucher – braucht. Das ist klar und selbstverständlich. Der Anbieter muss eine gewisse Sicherheit haben, wie lange er Gas anbieten kann. Der Nutzer und Verbraucher muss wissen, wie lange er Gas beziehen kann. Genau aus diesem Grund hat der Regierungsrat im Energieplanungsbericht aus dem letzten Jahr die Massnahme 4 definiert. Man weiss, dass beim Gasnetz Veränderungen anstehen – in welche Richtung auch immer. Es gibt durchaus Alternativen, sie wurden angesprochen; dann gibt es auch das synthetische Gas. Man muss schauen, wie kompatibel das bestehende Netz hierfür ist etc. Da gibt es viele Fragen, die zu klären sind. Genau aus diesem Grund gibt es die erwähnte Massnahme 4; sie besagt, dass man den Dialog aufnimmt. In einem ersten Schritt schaut man mit den Versorgern, den Wärmeverbundbetreibern sowie den Gemeinden, wo Handlungsbedarf besteht. Selbstverständlich wäre der Redner einverstanden, die Verbraucher einzubeziehen – es wäre aber schwieriger zu definieren, wer für diese Gruppe an den Tisch geholt werden soll. Die Frage wird man stellen müssen – da ist der Redner einverstanden. Sie wird sich auch stellen. Es braucht aber zunächst eine Auslegeordnung. Auf alle Fälle – das ist der Grund für diese Massnahme und den Dialog – soll es einen geordneten Ablauf für alle Seiten geben. Darum wird das Anliegen der Fragestellerin gerne mitgenommen. Es soll eine ganzheitliche Sicht eingebracht werden.

2. Markus Graf: Fuhrpark des Kantons Basel-Landschaft

Markus Graf (SVP) sagt, das schreckliche Erdbeben in der Türkei habe vor Augen geführt, wie wichtig eine verlässliche Technologie für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist. Es heisst nun, es seien beim E-Lastwagen keine Unterhalts- und Servicekosten angefallen. Der Redner stellt zwei Zusatzfragen: *Wo war der Lastwagen, als er im Sommer während mehreren Wochen ausgefallen ist? Waren auch Mitarbeiter in die Beantwortung der Fragen eingebunden, die mit diesem Lastwagen arbeiten?*

Andi Trüssel (SVP) stellt eine Zusatzfrage: *Hat sich der Regierungsrat Gedanken gemacht, wo die Blaulichtorganisationen, die mit E-Mobilen unterwegs sind, bei einem Katastrophenfall wie in*

der Türkei tanken gehen, wenn nichts mehr zur Verfügung steht – zumal Diesel sicher mehr zur Verfügung steht?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) will die Fragen beantworten, soweit dies möglich ist. Ein Ausfall des LKW ist ihm nicht bekannt. Man hat in der Antwort die Erfahrungen festgehalten. Zweitens: Man kann in der kurzen Zeit, die für die Beantwortung zur Verfügung steht, keine Mitarbeiterumfrage organisieren – das geht leider nicht. Die Fragen wurden aber von Leuten beantwortet, die dazu kompetent sind. Und: Der Regierungsrat stürzt sich nicht Hals über Kopf in ein Abenteuer. Sonst hätte man 10, 20 oder mehr solche Lastwagen bestellt. Das hat man just nicht gemacht. Aber: Veränderungen sind absehbar – und der Landrat weiss, wo die Fahrzeugproduzenten zu Hause sind; sie sind meist nicht in der Schweiz domiziliert. Darum sieht sich der Regierungsrat in der Pflicht und in der Verantwortung, zu überlegen, wie man sich adäquat verhalten und mit den Veränderungen umgehen soll. Darum hat man bewusst gesagt, man wolle nichts überstürzen, sondern Erfahrungen sammeln. Da ist man immer noch daran – dieses Fahrzeug ist erst seit einem Jahr unterwegs, sodass man noch keine abschliessenden Erfahrungen vorweisen kann. Es ist aber wichtig, dies tun zu können.

Etwas kann man aber sicher sagen: Es geht um einen Pilotversuch – um zu überlegen, welche Fahrzeuge man in fünf oder zehn Jahren haben wird. Es wurde nicht alles umgestellt; es ist auch nicht das Vorhaben, dies morgen zu tun. Man muss aber antizipieren, was in 10 Jahren Sache ist. Es wird sich weisen, was dannzumal besser verfügbar ist. Das weiss der Redner auch nicht; es wäre in die Glaskugel geschaut. Man will aber praktische Erfahrungen sammeln – das hat man mit dem Entscheid gemacht, ein Elektro-Fahrzeug anzuschaffen – um zu sehen, wie es funktioniert und wie es sich bewährt.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
